



Gesetz zur ausländischen Einflussnahme

In den letzten Wochen gingen Zehntausende Menschen in Georgien auf die Straßen, um ihre Demokratie gegen das sogenannte Gesetz zur »ausländischen Einflussnahme« zu verteidigen. Sie schwenkten Protestschilder, EU- und Landesflaggen zahlreich in die Höhe, schrien »Nein zum russischen Gesetz!« und erlitten immer wieder Gewalt durch die Polizei. Es ging nicht mehr nur um Rechtsstaatlichkeit; die gesamte Zukunft ihres Landes stand auf dem Spiel.

Trotz andauernder Massenproteste, Bekundungen und internationaler Aufrufe wurde das umstrittene Gesetz nun verabschiedet. Dabei hat die EU wiederholt davor gewarnt, dass eine derartige Rechtslage dem Land jegliche Chance auf einen Beitritt verwehren würde. Ein erschütterndes Ereignis für die Bevölkerung, wo doch über 80% entschlossen hinter dem europäischen Integrationsprozess steht. Aber der Regierungspartei »Georgischer Traum« ging es nie um Landesinteressen oder Anliegen der Bevölkerung, sondern einzig und allein um die Stärkung einer zunehmend autoritär geführten Herrschaft.

Mit dem neuen »Agentengesetz« sind alle Nichtregierungsorganisationen verpflichtet, sich als »Vertreter ausländischer Interessen« registrieren zu lassen, wenn sie mehr als 20% ihrer Finanzierung aus dem Ausland beziehen. Betroffen sind insbesondere unabhängige Medien und NGOs, die sich für Menschenrechte, Minderheiten, Korruptionsbekämpfung, aber auch Sozialhilfe einsetzen und für die die Finanzmittel aus dem Ausland oftmals unerlässlich sind. Die Organisationen werden hierdurch nicht nur im öffentlichen Raum diffamiert, sondern müssen sich künftig ebenso Einschüchterungen und willkürlichen staatlichen Kontrollen unterziehen. Es wird befürchtet, dass das harte Vorgehen langfristig bis zur vollständigen Einstellung der Aktivitäten einiger Organisationen führen wird, wie es zuletzt in Russland der Fall war. Dort wurde 2012 ein beinahe identisches Gesetz auf den Weg gebracht, seitdem verschärft und instrumentalisiert, um kritische Stimmen in der Öffentlichkeit weitgehend verstummen zu lassen. Um das gleiche Schicksal in Georgien abzuwenden, bildete sich schnell eine breite Gegenbewegung. Die georgische Zivilgesellschaft meldete sich lautstark zu Wort.

Hierbei ist das von der Regierung angeführte Argument der »Transparenz« hinfällig, da alle NGOs bereits sämtliche Informationen über erhaltene Gelder jährlich veröffentlichen müssen. Es geht nur um die systematische Einschränkung zivilgesellschaftlicher Kräfte, die gerade in Anbetracht einer zersplitterten Opposition als unentbehrliche Stütze für die Demokratie im

Land dienen. Doch Werte wie Pluralismus und Meinungsfreiheit stellen für das regierende Bündel aus Opportunisten ohnehin nur leere Phrasen dar.

Nach dem Scheitern des ersten Gesetzentwurfs an Ausschreitungen im vergangenen Jahr ist es mittlerweile in nur leicht veränderter Form gültiges Recht. Unabhängiger Journalismus, gesellschaftliche Vereinigungen sowie Bürgerrechtsorganisationen standen noch nie einer derart unmittelbaren Bedrohung gegenüber.

Die autoritäre Gesinnung der Regierungspartei wurde neben den etlichen Skandalen der letzten Jahre durch ihren Umgang mit den Demonstranten erneut in einem drastischen Maß veranschaulicht. Als Reaktion auf die Forderungen nach Demokratie und Freiheit erhielt man Schlagstock und Tränengas; statt Kompromiss und Redebereitschaft, Festnahmen und Verleumdung.

Die Brutalität der Staatsgewalt beschränkte sich aber nicht auf den offenen Kampf in den Straßen. Auch im privaten Umfeld ist man von Repressionen nicht verschont geblieben. Es begann mit einer Welle von anonymen Anrufen, die Aktivisten beschimpften und mit Gewaltdrohungen von ihnen verlangten, ihre Handlungen einzustellen. Nach wenigen Tagen folgten Schlägertrupps, die etliche Protestierende in der Nähe ihrer Wohnungen überfielen und auf sie einprügelten.

Ein weites Unbehagen machte sich in der Bevölkerung breit. Inmitten dieser chaotischen Zustände hielt der moskauaffine Oligarch und inoffizielle Drahtzieher Bidzina Ivanishvili auf einer inszenierten Kundgebung eine Rede, die vor einer »globalen Kriegspartei« warnte, die sich gegen Georgien verschworen hätte. Während die Gesellschaft mit allen Mitteln um den Erhalt einer demokratischen Ordnung bemüht war, verunglimpfte Bidzina die Demonstranten kollektiv als »Vaterlandsverräter« im Auftrag ausländischer Mächte. Doch die Bevölkerung hat ihren unbeugsamen Willen im Verlauf der vergangenen Monate unverkennbar zum Ausdruck gebracht. Der Rückhalt vom »Georgischen Traum« bröckelt und auch wenn ihr autoritärer Kurs vorerst gefestigt scheint, wächst mit jeder Maßnahme ebenso der zivile Gegenwind. Die EU hat sich mit den Demonstranten und ihren Bestrebungen zwar solidarisiert, aber jetzt bedarf es eines innenpolitischen Wandels, um die Perspektive des Landes auf geradem Weg zu bringen. Mit den anstehenden Wahlen im Herbst erhoffen sich viele Menschen einen Machtwechsel. Nach über einem Jahrzehnt skrupelloser Politik sehnt man sich nach Freiheit und Selbstbestimmung. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich wehrhaft gezeigt und hoffentlich folgt bald eine neue Etappe in der Geschichte Georgiens.

Autorin:

Lunona Guruli gilt als eine der bedeutenden weiblichen Stimmen Georgiens der Gegenwart. In der georgischen Hauptstadt Tiflis (Tbilissi) studierte sie zunächst Schauspiel, dann Journalismus. 1999 zog Lunona Guruli nach Deutschland, um ihr Studium fortzusetzen. Nach Aufenthalten in Hannover und Freiburg schloss sie ihr Studium mit einem Magister in Neuerer und Neuester Geschichte und Politische Wissenschaften ab. 2016 wurde Lunona Guruli für ihre 13 Erzählungen mit dem georgischen Literaturpreis »Saba« für das gelungenste Erstlingswerk ausgezeichnet. Die Texte aus »Diagnose« erschienen in Deutschland in veränderter und erweiterter Form unter dem Titel »Wenn es nur Licht gäbe, bevor es dunkel wird« (2018). 2020 wurde ihr drittes Buch »Mohnfelder« von Corvinus Presse herausgegeben. Kürzlich erschien ihr viertes Buch, Erzählband »Ohne Diagnose« (Verlag »Bücher in Batumi«). Ihr erster neuer Roman »Brief ohne Absender« erschien 2023 in Deutschland bei Weissbooks. Lunona Guruli lebt in Berlin.

Weitere Informationen: www.weissbooks.com/pages/iunona-guruli

Redaktion**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa@b-b-e.de

www.b-b-e.de